

Newsletter Nummer 11/2015: Aktuelles aus Kreistag und Fraktion

Kreistagssitzung am 15. Dezember 2015

Im Mittelpunkt der letzten Sitzung des Kreistags in diesem Jahr in Sinsheim stand die Verabschiedung des Haushalts für 2016.

Haushalt 2016: Haushaltsrede von Fraktionsvorsitzenden Hans Zellner

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten
Damen und Herren,

*„Nur auf dem Boden harter Arbeit bereitet sich
normalerweise der Einfall vor.“*

Max Weber, 1864 bis 1920, deutscher Sozialökonom,
Wirtschaftstheoretiker und Soziologe

Einfall und Ideen sind dringend notwendig, um die
Probleme des HH 2016 kreativ zu bewältigen, um die
zweifelslosen Unwägbarkeiten zu beherrschen, um die
Zukunft zu gestalten.



Sozialhaushalt 2016

Leider bietet das größte Budget „Soziales“ des Haushalts wenig Finanzspielraum.

Das Budget des Sozialamtes ist zusätzlich geprägt durch die hohen
Zuwanderungszahlen der Flüchtlinge. Da eine Prognose der Zahlen nahezu
unmöglich ist, muss der Rhein-Neckar-Kreis das Budget mit Schätzungen der
erforderlichen Kosten aufstellen.

Die Asylverfahren sollen schneller abgewickelt werden. Die Zahlen in den
Anschlussunterbringungen werden daher deutlich anwachsen. Diese wechseln sofort

in den Leistungsbezug SGB II. Somit ist der Rhein-Neckar-Kreis für die Transferleistungen und die Kosten der Unterkunft verantwortlich. Die Höhe dieser Kosten ist nicht verlässlich zu kalkulieren. Es ist auch für uns unverständlich warum Bund und Land dafür nicht die vollen Kosten übernehmen.

Für uns auf der kommunalen Ebene macht es keinen Unterschied, ob die Flüchtlinge den Status der Erstunterbringung oder Anschlussunterbringung haben.

Die Aussage der Landesregierung, dass sie für alle Kosten der Flüchtlinge aufkommt ist deshalb falsch.

Die Freien Wähler hoffen, dass die Prognose der Verwaltung von 4,4 Mio. € Mehrbedarf, das entspricht 0,5 Prozentpunkte Kreisumlage, ausreicht.

Im Sozialbudget sind die meisten Leistungen gesetzlich festgeschriebene Transferleistungen. Wegen steigender Fallzahlen sowie Tarif- und Pflegesatzsteigerungen und neuer Aufgaben steigen die Aufwendungen um 7,4 Mio. € auf 149,3 Mio. €.

Die Leistungen der Pflegekassen erhöhen sich ab 2015 durch das Pflegestärkungsgesetz. Der Rhein-Neckar-Kreis wird zwar entlastet, trotzdem steigt die Hilfe zur Pflege um 0,7 Mio. € an.

Die Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung sind die bedeutendste Hilfe im Sozialbudget und steigen um 5,6 Mio. € auf 75,6 Mio. €. Hier wirkt sich die Inklusion von behinderten Kindern und Jugendlichen in Kindertageseinrichtungen und Schulen aus.

Ein Beitrag zur Umsetzung der UN-Konvention zur Inklusion ist außerdem die Integration von Menschen mit Behinderung in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Es wird sich zeigen, ob auf diesem Wege der stetige Anstieg der Kosten der Eingliederungshilfe gebremst werden kann.

Für jeden Menschen mit Behinderung bedeutet die Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt jedoch eine Steigerung des Selbstwertgefühles und einen wichtigen Schritt in ein normales Leben.



Jugendamt

Leider auch keine Wahl haben wir im Bereich des Jugendamts, dem nach SGB VIII eine Vielzahl von Pflichtaufgaben zuteilt sind. 63 Mio. € Nettoressourcenbedarf sprechen für sich.

Der Anstieg des für 2016 ermittelten Bedarfs um 3,9 Mio. € beruht auf dem Anstieg von Transferaufwendungen. Ebenso wenig werden wir die erforderlichen zusätzlichen Ausgaben im Bereich der Erziehungshilfen und des Personals aufgrund der stark steigenden Zahlen von „unbegleiteten minderjährigen Ausländern“ von 35 im Mai 2015 auf 240 zur Jahreswende nicht beeinflussen können.

Nur die strikte Einhaltung unserer Grundsätze „ambulant vor stationär“, und Ausbau und Bereithaltung niederschwelliger, präventiv wirkender Erziehungshilfen und die stetige Überprüfung des Personalbedarfs kann den Zuschussbedarf im Zaum halten. Als Beispiel weisen wir auf das Projekt „LaienhelferInnen“ hin, das wir lieber zielgerichtet in „MigrationshelferInnen“ umbenennen würden.

Sorgen macht uns im Bereich des Jugendamtes die voraussichtliche Steigerung des Etats der Kosten für die unbegleiteten minderjährigen Ausländer mit 16,5 Milo. €.

Wir können nur hoffen - bezogen auf die UMA's, dass die gesetzlichen Standards rechtzeitig geändert werden, bevor wir die dafür erforderlichen 21 Personalstellen schaffen müssen.

Hinsichtlich des Personalbedarfs muss beispielsweise im Sachgebiet „Förderung von Kindern der Tagespflege“ die Frage erlaubt sein, ob es bei den 5,5 Stellen bleiben muss. Davon waren 3,5 Stellen - vorrangig für den Abbau angefallener Rückstände - die fast vollständig abgebaut werden konnten.

Gleichzeitig stagniert der Arbeitsaufwand bei der Inanspruchnahme von Tagespflegepersonen. Dieser Trend wird sich im Übrigen fortsetzen, wenn man die steigenden Betreuungsquoten der Kommunen des Rhein-Neckar-Kreises betrachtet.

Allerdings sollte der Kreis auch hier dafür sorgen, dass nicht Ganztagesplätze in Kommunen leer stehen, weil Tagespflegepersonen ihren Service aufgrund der Kreisförderung billiger anbieten können, als die Kommunen.

Berufliche Schulen

„Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes beginnt nicht in der Fabrikhalle oder im Forschungslabor. Sie beginnt im Klassenzimmer.“

Henry Ford, 1863 bis 1947, amerikanischer Großindustrieller

Dieser Gedanke findet seinen Niederschlag im strategischen Ziel der Zukunftssicherung der beruflichen Schulen durch Profilierung zu Kompetenzzentren.

Einher geht dies mit einer weiteren Verbesserung der Qualität der Aus-, -Fort- und Weiterbildung.

Dabei ist aber auch immer die Optimierung des Ressourceneinsatzes im Auge zu behalten.

Es besteht bei den Freien Wählern Konsens, dass die Stärkung der Bildungslandschaft, die sowohl attraktiv als auch bedarfsgerecht ist und auch bleiben muss, gerade für ein rohstoffarmes Land wie das unsere überaus wichtig ist.

Neue Schularten erhöhen Angebot und Attraktivität des beruflichen Schulwesens im Kreis.

Die Aufnahme in das Förderprojekt „Lernfabrik 4.0“ ist, angesichts der technologischen Entwicklung ein weiterer logischer Schritt. Das kostet uns auch viel Geld.



Von „Industrie 4.0“ ist der gesamte Wertschöpfungsprozess betroffen.

Von der Bestellung über die Arbeitsvorbereitung, die Fertigung, die Lagerhaltung, bis zur Auslieferung und Fakturierung.

Der Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung, Prof. Dr. Esser, sagte:

„Wirtschaft 4.0 ist die Chance, die berufliche Bildung in Deutschland wieder attraktiver zu machen.“

Auch die Einrichtung einer 2-jährigen Berufsfachschule Altenpflegehilfe für „Nichtmuttersprachler“ als Schulversuch ist angesichts der demographischen Entwicklung und der notwendigen Integration der Flüchtlinge der richtige Schritt.

Zwei Beispiele die dokumentieren, dass der Kreis sich einer attraktiven, zukunftssicheren und bedarfsgerechten Bildungslandschaft absolut verpflichtet fühlt.

Die dauerhafte Substanzerhaltung der Schulen des Kreises ist ein weiteres wichtiges Ziel für die 16,5 Mio. € eingeplant sind.

Die im Eigenbetrieb vorgesehenen Mittel dokumentieren, dass im Bereich Bauunterhaltung im Rahmen eines strukturierten Prozesses die Substanz der Gebäude erhalten wird und kein Investitionsstau entsteht.

Die Ansätze im Bereich der Sportförderung für die Zuschüsse an Vereine sowie für die Projektmaßnahmen befürworten wir, ebenso die Förderung nebenberufliche Übungsleiter.

Umwelt, Verkehr und Wirtschaft

Für eine funktionierende Infrastruktur ist die kontinuierliche Unterhaltung der Kreisstraßen unabdingbar. Mit dem fortzuschreibenden Substanzerhaltungskonzept gehen wir den richtigen Weg, während Bundes- und Landesstraßen Größtenteils immer nur geflickt werden und die Kosten bis zu einer umfassenden Sanierung dadurch sicherlich noch um einiges höher sind, als der Frust vieler Autofahrer.

Genauso strukturiert wollen wir nun auch das Mobilitätskonzept „Radverkehr“ angehen. Das grobmaschig erstellte Erstkonzept muss nach unserer Auffassung weiter verfeinert werden.

Leider sollen nur die Gemeinden des Startnetzes hohe Zuschüsse des Kreises erhalten. Das war nicht im Sinne der „Freien Wähler“.

Wir sehen hier eher den Gleichheitsgrundsatz verletzt.

Warum sollen nur die Startnetzgemeinden Zuschüsse für den Radwegebau erhalten, warum nicht auch die Ziel- und evtl. folgende Zwischenzielnetzgemeinden?

Mit der Fortschreibung des Radwegenetzes, sollten aufgrund der bereits geleisteten Vorarbeiten erste Ergebnisse nicht erst in drei Jahren vorliegen.

Mit der eingerichteten Stabsstelle „Wirtschaftsförderung“ fördern Sie, Herr Landrat, den Wirtschaftsstandort Rhein-Neckar-Kreis. Dazu wird auch das neue Freizeit- und Tourismuskonzept beitragen. Wir sind auch bei diesem Thema ganz nah bei Ihnen und sehen die Attraktivität des Kreises aus einem ganz anderen Blickwinkel. Dieses Konzept erfolgreich umgesetzt, wird eine Strahlkraft - sehr weit über unsere Kreisgrenzen hinaus - haben.

Der öffentliche Personennahverkehr ist und bleibt ein Erfolgsfaktor in unserer vielfältigen Mobilitätswelt. Ob auf der Schiene oder im Bus müssen wir stadtnah, aber auch unsere ländlich geprägten Gemeinden, ein attraktives Angebot vorhalten, um den Anschluss nicht zu verlieren.

Die nicht S-Bahn-Gemeinden sind schon genug bestraft, dass sie außerhalb der Entwicklungsachsen liegen.

Die Defizite der Busverkehre sind jedoch mittlerweile so hoch, dass kaum noch im ländlichen Bereich ein Stundentakt finanzierbar ist. In der Stadt dagegen werden 20 Minuten- oder kürzere Taktverkehre bedient und bezuschusst.

Hier hoffen wir auf alternative Finanzierungskonzepte mit dem neuen Mobilitätsplan.

Die Freien Wähler haben der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes zugestimmt und bereits vor zwei Jahren eine Änderung der Zuschusskriterien beantragt.

Deshalb sehen wir in der nun beantragten Änderung der FDP keine grundlegende Verbesserung, er ist viel zu kurz gesprungen, die Mittel sind viel zu gering um wirklich etwas zu bewirken.

Wir wollen eine differenzierte Bezuschussung von Grundverkehren und optionalen – zusätzlichen - Angebotsverkehren, gerade auch im ländlichen Raum.

Auch zum Antrag „Die Linke“ kann ich mich nur wundern, „Herr Wunder“.

Wie immer, kurz vor Toresschluss, („halt link“) so dass keine Zeit mehr für eine fraktionelle Abstimmung mehr möglich war.

Dieses politische „Scharmützel“ machen wir nicht mit.

Dass Ihnen Herr „LAND“-rat ihre „Landgemeinden“ wichtig sind beweist auch das Vorzeigeprojekt „High-Speed-Netz Rhein-Neckar“. Es ist derzeit im Land das Vorzeigeprojekt!!!

Wir wollen unsere Freude darüber nicht verhehlen, dass wir mit unserem Antrag den entscheidenden Impuls dazu gegeben haben.

Hier werden wir es alle gemeinsam schaffen den Anschluss ans World-Wide-Web über Glasfaser zu erhalten. Nach einem unfreiwilligen Boxen-Stopp (aus Rechts- und Vergabegründen) müssen wir nun wieder ins Rennen zurück finden und beim Backbone-Netz „pace“ aufnehmen.

Die beiden LEADER-Kulissen Kraichgau und Neckartal-Odenwald sind ein weiterer Erfolg für unseren ländlichen Raum. Innovative Ideen für eine zukunftsfähige Ausrichtung unserer Dörfer können bis 2020 mit bis zu 8 Mio. € EU-Fördergelder bezuschusst werden.

Auch im Bereich Klimaschutz, begrüßen wir die Initiative von Ihnen und ihren Mitarbeitern. Die Klimaschutzziele werden konsequent verfolgt, die Mittel sinnvoll eingesetzt.

Das Klimaschutzkonzept für die Einrichtungen und Gesellschaften des Rhein-Neckar-Kreises mit seinen Maßnahmensteckbriefen sind hierfür ein guter Leitfaden.

Der Wärmeatlas auf Gemeindeebene und die Kooperationsvereinbarungen mit den Gemeinden waren wichtige Zwischenschritte der Klimaschutzaktivitäten.

Die „Digitalen Medien“ sind überall auf dem Vormarsch. (Die Zahl der Verletzungen von Fußgängern –beim mailchecken – wegen übersehen von Gefahrenstellen steigt sprunghaft). Wir stimmen der Einführung „Digitaler Kreistagsarbeit“ und der Tpo's 4+5 zu, sofern in der Übergangszeit eine Wahlfreiheit für die Kreisräte besteht, die lieber weiter mit Papier arbeiten wollen. Allerdings sind noch eine ganze Reihe von organisatorischen Fragen zuvor zu lösen.



Wir hatten auf ein Einsparpotenzial gehofft, das ist wohl leider nicht so.....

Gesundheitseinrichtungen (GRN)

Die „GesundheitsZentren“ des Kreises haben einen guten Ruf für Ihre medizinischen Leistungen.

Auch das wirtschaftliche Ergebnis ist mit einem Jahresdefizit von 2,2 Mio. Euro überschaubar und im Wesentlichen unserem klaren Bekenntnis zum Klinikstandort Eberbach geschuldet. Vor allem wenn man weiß, dass in der Kliniklandschaft in Deutschland die meisten anderen Einrichtungen immer größere Defizite einfahren, ist allen GRN-Mitarbeitern zu diesem Ergebnis zu gratulieren.



Den anstehenden Maßnahmen zur Liquiditätsverbesserung und den vorschüsslichen Investitionszuweisungen werden wir zustimmen. Das verschafft etwas Luft!

Für die nächsten drei Jahre sind weitere bauliche Investitionen von 108 Mio. Euro geplant. Dies lässt

uns schon den Atem anhalten. Wir halten das Geld aber für gut investiert.

Die Schließung manches Bereitschaftsdienstes bzw. die Verlegung von Notfallpraxen an die Kliniken wird diesen eine wachsende Verantwortung bei der Notfallversorgung zukommen lassen. Ohne Zweifel soll der ambulante Versorgungsauftrag auch weiterhin klar bei den niedergelassenen Ärzten bleiben und der GRN sollte auf diesem Feld nur aktiv werden, wenn Versorgungslücken nicht anders zu schließen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Erhalt der flächendeckenden medizinischen Versorgung wird zukünftig die große Herausforderung sein. Der GRN wird immer wieder prüfen müssen, wie er mit sinnvollen Kooperationen dazu seinen Beitrag leisten kann.

Tochterunternehmen AVR

Der Kreistag ist ständig mit Fragen der Gesamtkonzeption der Abfallwirtschaft und der Weiterentwicklung unserer AVR-Unternehmen beschäftigt. Der Grund ist eine sich ständig ändernde Rechtsprechung und immer neue, verschärfte Umweltgesetze von BUND, Land und EU.



Wir haben mit der „AVR-Kommunal“ eine gut funktionierende und von der Bevölkerung akzeptierte Abfallwirtschaft mit hoher Wertschöpfungskette.

Mit der Einführung der BioTonne ist es uns gelungen, dieses freiwillige System beim Bürger zu etablieren.

Nun erfolgt der zweite Schritt, indem wir die Biomasse selbst einer energetischen Verwendung mit anschließender stofflicher Verwertung und fester Gärreste, sprich Dünger, vermarkten.

Bis zu 60.000 Tonnen Biomasse sollen umweltfreundlich durch einen Vergärungsprozess zuerst in Rohgas, dann als Biomethan aufbereitet, in das öffentliche Erdgasnetz eingespeist.

Motto „Aus Müll wird grüne Energie“

Bei diesem Projekt ist es dringend notwendig, dass die neue AVR UmweltService externen Sach- und Fachverstand einzubinden.

Der Profit für uns liegt darin, dass wir aufgrund der Mehrheitsverhältnisse mit 51 % das politische Sagen und damit des Heft des Handelns bei der AVR bzw. des Kreistages verbleibt und natürlich auch beim Ertrag profitieren werden.

Als Nebeneffekt ergibt sich bei der Betriebsführung des Biomasseheizkraftwerkes eine finanzielle Verbesserung was zur Gesamtkonsolidierung unsere Unternehmen beitragen wird.

Ein ausgeklügeltes, optimiertes Konzept- aus gesellschaftsrechtlicher, steuerrechtlicher und vergaberechtlicher Sicht. Die Einbindung externer Partner und der Stadtwerke Sinsheim als „politisches Zeichen“ wird von uns ausdrücklich begrüßt. Es ist auch ein positives Signal an unser AVR-Personal: Dadurch werden dauerhaft die Arbeitsplätze gesichert und: Es ist auch ein positives Signal an die Bürger und Gebührenzahler: Preis- und Gebührenstabilität für 3 Jahre!

Verwaltung und Finanzausschuss

Im Kernhaushalt ergeben sich gegenüber 2015 exorbitante Steigerungen.

Mit einer Erhöhung rd. 80 Mio. € resultiert dies vor allem durch hohe Kosten für die Erstunterbringung der Flüchtlinge. Allein dafür sind rd. 50 Milo. € kostenneutral angesetzt.

Das Land steht im Wort, dafür nach einer Spitzabrechnung vollen Kostenersatz zu gewähren. (Volumen von knapp 6 %)

Mit der Übernahme der Gesundheitsuntersuchungen in der Landeserstaufnahmestelle in Heidelberg unterstützen wir das Land.

Die Kreisumlage ist gegenüber 2014 enorm gestiegen.

2015 konnten bereits rund 33 Mio. € Mehreinnahmen erzielt werden und 2016 sind Mehreinnahmen von 25 Mio. € angesetzt. Insgesamt könnte der Kreis damit in zwei Jahren rund 58 Mio. € an Mehreinnahmen verfügen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Solch einen Zuwachs gab es noch nie!!!

Unser Landkreis ist in der Lage, bei seinen Liegenschaften anstehende Sanierungen oftmals durch Neubauten ersetzen zu können. Das ist gut so!

In den Kreisgemeinden ist das nicht immer so der Fall.

Der Kreistag muss auch an das Wohl seiner Einwohner denken, die viele Leistungen durch ihre Gemeinden erhalten. Bei den Gemeinden sieht die finanzielle Lage durchaus schlechter aus.

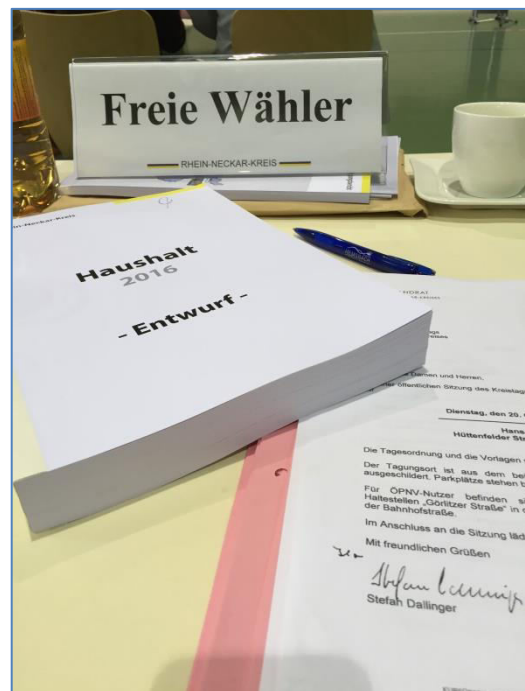
Das Kommunalrechtsamt geht in seiner Prognose davon aus, dass 17 Kreisgemeinden im nächsten Jahr keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können. Hinzu kommen Kosten der Gemeinde für Flüchtlinge bei der Anschlussunterbringung.

Hier muss eine Abwägung erfolgen. Auch unser strategisches Ziel „Erhaltung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Kreises und der kreisangehörigen Gemeinden“ ist hier zu beachten.

Die Freien Wähler sind für die Senkung der Kreisumlage.

Wegen des besseren Ergebnishaushalts 2015 (rund 8,3 Mio. €) und der weiteren Verbesserung im Budget 2016 zwischen Einbringung und Verabschiedung ergeben sich neue Spielräume. Das sind keine Annahmen, das sind Fakten!

Deshalb haben wir den gemeinsamen Antrag mit der CDU-Fraktion zur Absenkung des Hebesatzes auf 29,5 Punkte, das entspricht rund 4,3 Mill. €, gestellt.



Das Ergebnis ist zwar das gleiche wie bei der SPD, die Begründung aber eine vollkommen andere.

Unser Antrag verknüpft dies aber mit der Ablehnung weiterer sozialer Wohltaten beim Sozialticket mit nicht beherrschbarem Anstieg der Ausgaben, die sogar die Höhe der ÖPNV-Zuschüsse erreichen könnten.

Auch der gemeinsame Antrag der SPD-Bündnis 90-Linke- (hoffentlich sind das nicht die Vorboten der Bundestagswahl 2017) zum Sozialticket wird von uns abgelehnt.

Er ist wenig durchdacht, viele Annahmen, viele Unbekannte, in der Konsequenz fiskalisch nicht beherrschbar und unseriös finanziert.

Unser Ziel ist, bis Ende 2020 die Verschuldung auf 90 Mio. € zurück zu führen. Nach unserer Einschätzung könnten auch einige Investitionen des Kreises zeitlich hinaus geschoben werden.

Wir haben den Eindruck dass dies auch dem Personal bei der derzeitigen – zusätzlichen - Inanspruchnahme ganz recht wäre.

Das war ja auch beim Erwerb des Gebäudes der Polizeidirektion möglich.

Ohne Intervention der „Freien Wähler“ in der letzten Haushaltsrede – hätten wir bereits schon 2015 dafür 11,7 Mio. € bezahlt - ohne Nutzung des Gebäudes!!!

Der Stellenplan wird von uns im Hinblick auf die Flüchtlingsproblematik mitgetragen. Auch der Ermächtigung der Verwaltung, im Bereich Personal-und Sachmittel flexibel zu sein, stimmen wir zu. Die Unterrichtung der Gremien ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

Auch die 42 Ausbildungsplätze begrüßen wir ausdrücklich.

Allerdings wird es uns schwindelig, wenn wir die Personalzuwächse der letzten Jahre sehen.

In den Jahren 2014 und 2015 wurden weitere, zusätzliche 84 Stellen geschaffen. Jetzt kommen 117 neue dazu, insgesamt dann 1.479 Stellen.

Diese Stellenmehrungen belasten die Personalkosten auch in den Folgejahren.

Was tun wir, wenn die Steuerkraft der Gemeinden sinkt, was tun wir, wenn Wirtschaft und Konjunktur einbrechen, oder wenn die Zinsen steigen?

Auch die €-Krise ist noch nicht gelöst.

Fragen über Fragen, die bleiben. Fragen, die uns nachdenklich machen.

Wir stimmen den übrigen Beschlussanträgen, dem Investitionsprogramm 2015-2019, dem Haushalt der Freiherr von Ulnerische Stiftung und dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Bau und Vermögen zu.

Ebenfalls stimmen wir den Bürgschaftsübernahmen für die Kreditgeschäfte zu.

Zum Lastminute-Antrag „Die Linke“ die Kreditermächtigung zu senken sehen wir aus dem bereits ausgeführten keine Veranlassung.

Abschluss

Ich bedanke mich bei den Fraktionen – trotz aller politischer Unterschiede - für das gute, konstruktive Miteinander im Kreistag.

Wir Freien Wähler danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landkreises und der Gesellschaften für Ihre nicht immer einfache und gute Arbeit.

Ihnen Herr Landrat Stefan Dallinger für den vertrauensvollen, kollegialen Führungsstil und die frühzeitige Einbindung der Fraktionen in die Entscheidungsfindung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Freien Wähler wünschen frohe Weihnachten!

Hans Zellner, Fraktionsvorsitzender



Weitere Informationen.....

Weitere Informationen zu allen Themen gibt es im Ratsinformationssystem des Kreises hier: <http://93.122.78.25/sdnet/vorlagen>